

Anfrage

der Abgeordneten Mag.<sup>a</sup> Edith Kollermann an Landeshauptfrau-Stellvertreter für Energie,  
Landeskliniken und Landwirtschaft Dr. Stephan Pernkopf

gemäß § 39 Abs. 2 LGO 2001

betreffend: **Ausstieg aus russischem Gas – was tut Niederösterreich?**

In der Nacht vom 23. zum 24. Februar hat Russland die Ukraine auf mehreren Fronten mit massiver militärischer Gewalt angegriffen. Obgleich dieser Überfall nur eine weitere Etappe in einer Serie von unprovokierten Völkerrechtsverletzungen beginnend mit der Invasion der Halbinsel Krim 2014 darstellt, so repräsentiert sie doch eine neue Dimension in diesem Konflikt. Russland führt nun einen unverschleierte Krieg gegen ein völkerrechtlich – und bis vor kurzem auch von Russland – anerkanntes Nachbarland. Da der ukrainische Widerstand gegen diesen Angriffskrieg weit heftiger und kompetenter ist, als dies von Seiten Russlands wohl erhofft und die internationale Reaktion auf die Invasion relativ geschlossen und konsequent war, kann sich die russische Führung unter Putin kaum noch gesichtswahrend zurückziehen. Dies hat innerhalb weniger Tage zu einer vollkommenen Eskalation des Kriegs geführt inklusive Tausender ziviler und militärischer Toter, mehrerer Millionen Flüchtlinge und unfassbarem menschlichen Leid.

Der russische Angriffskrieg ist von der internationalen Staatengemeinschaft nahezu einstimmig verurteilt worden und Russland sowie seine Führung um Vladimir Putin wurden von der EU und vielen weiteren Staaten mit harten Wirtschaftssanktionen belegt, welche bereits nach wenigen Wochen erheblichen Druck auf Russland und seine Wirtschaft verursachen. Allerdings wurde schon im Vorfeld des Krieges klar, dass sich Europa in den letzten Jahrzehnten in eine viel zu große Abhängigkeit von russischen Energieimporten manövriert hat, was die Handlungsfähigkeit der EU deutlich reduziert, die wirtschaftliche und militärische Verwundbarkeit stark erhöht und Russland eine verlässliche Einnahmequelle zur Finanzierung des Angriffskrieges garantiert.

Österreich ist aufgrund des jahrelangen, kollektiven Versagens der österreichischen Energiepolitik in einer besonders prekären Lage. Entgegen zahlreicher Warnungen und mehrerer Völkerrechtsverletzungen von Seiten Putins (wie etwa der Besetzung der Krim) wurde im letzten Jahrzehnt nicht nur wenig bis gar nichts unternommen, um die Abhängigkeit von russischen Gasimporten zu reduzieren, sondern diese sogar ausgebaut. Bei einem plötzlichen Stopp der Gasversorgung - etwa bei einer weiteren Eskalation der Sanktionen oder als Folge eines Infrastrukturschadens im Zuge der Kampfhandlungen - wären aufgrund der am Ende des Winters fast leeren Speicher umgehend Lenkungsmaßnahmen notwendig und die österreichische Wirtschaft wäre gezwungen, den Betrieb deutlich zu reduzieren. Kurzfristige Alternativen für Gasimport in nennenswerten Mengen gibt es keine, weil unsere Gasinfrastruktur bewusst jahrelang ausschließlich auf Russland ausgerichtet worden ist.

Wir befinden uns deshalb in der moralisch äußerst schwierigen und inakzeptablen Situation, dass wir bei Versorgungsstopp vor einem massiven wirtschaftlichen Einbruch und einer Destabilisierung unserer Energieversorgung stehen und der Tatsache, dass jeder m<sup>3</sup> Gas, welcher weiterhin aus Russland nach Österreich fließt, einen furchtbaren Angriffskrieg ohne

Rücksicht auf Zivilisten finanziert und die Taschen eines Regimes füllt, welches Kriegsverbrechen begeht, brutal gegen interne Kriegsgegner vorgeht und mittlerweile offen über "Säuberungen" spricht.

Gerade auf Landesebene gibt es allerdings viel Handlungsspielraum um den Gasverbrauch zu reduzieren:

- Widmungsprozesse müssen beschleunigt, vereinfacht und mit ausreichend Ressourcen ausgestattet werden, um den Ausbau der Erneuerbaren Energieträger voranzutreiben.
- Die Energieraumplanung muss forciert und flächendeckend umgesetzt werden.
- Bauordnungen müssen angepasst werden, um die Installation von PV-Anlagen und Wärmepumpen sowie thermische Sanierungen voranzutreiben.
- Der Gasanstieg muss auf Landesebene vorgezogen werden, um zu verhindern, dass Menschen und Betriebe in die fossile Kostenfalle gezogen werden und die Abhängigkeit von Gasimporten verlängert wird.
- Ein erheblicher Gebäudebestand befindet sich in direktem oder indirektem Landesbesitz: Amtsgebäude, Schulen usw. Diese müssen sowohl bei der Sanierung als auch bei der Installation von Photovoltaik endlich mit Vorbildwirkung vorgehen.
- Energieversorger, welche in Landesbesitz sind, agieren noch viel zu sehr als Cashcow für Landesbudgets, statt in öffentlichem Interesse die Erneuerbaren auszubauen und die Gasabhängigkeit zu reduzieren
- Netzbetreiber, welche ebenfalls in vollem Landesbesitz sind, agieren beim Netzausbau zu zögerlich, intransparent und innovationsfeindlich und bremsen so den Anschluss von Anlagen. Hier muss eine transparente Servicekultur gegenüber Energieunternehmen – vor allem gegenüber jenen außerhalb der Landesenergieversorger – etabliert werden.
- Akzente können gesetzt werden, um den eklatanten Fachkräftemangel in Schlüsselbranchen zu senken, etwa durch Kampagnen in Schulen oder Vorbildwirkung der Landesbetriebe

Wegen der oben genannten Punkte und der Dringlichkeit der Loslösung Österreichs von der Gas-Abhängigkeit, stellt die Gefertigte folgende

#### ANFRAGE

1. Welche Schritte wird die Landesregierung bzw. werden Sie als Landesrat angesichts des Kriegs in der Ukraine und der Energiekrise jetzt konkret setzen, um den Gasverbrauch in Ihrem Wirkungsbereich so schnell wie möglich zu reduzieren?
2. Welche Schritte setzt die Landesregierung bzw. setzen Sie als Landesrat jetzt konkret, um Widmungsprozesse für Erneuerbare Energien zu vereinfachen und beschleunigen?
3. Welche Schritte setzt die Landesregierung bzw. setzen Sie als Landesrat jetzt konkret, um die Energieraumplanung flächendeckend umzusetzen?
4. Welche Anpassungen wird die Landesregierung bzw. werden Sie als Landesrat jetzt konkret vornehmen, um die Installation von PV Anlagen zu vereinfachen, die thermische Sanierung zu forcieren und beschleunigen und den flächendeckenden Einbau von Wärmepumpen zu erleichtern?

5. Wird die Landesregierung bzw. werden Sie als Landesrat aufgrund des Kriegs in der Ukraine sowie der Energiekrise und Explosion der Energiepreise den Gasausstieg bei Neubauten vorziehen?
  - a. Wenn ja, wann und in welchen Schritten?
  - b. Wenn nein, warum nicht?
6. Welche Schritte wird die Landesregierung bzw. werden Sie als Landesrat jetzt konkret setzen, um die Sanierung von Gebäuden in Besitz des Landes erheblich zu beschleunigen und mit PV-Anlagen auszustatten?
7. Welche Schritte wird die Landesregierung bzw. werden Sie als Landesrat jetzt konkret setzen, um die Gaserzeugung aus biogenen Quellen auszubauen?
8. Welche Schritte setzt die Landesregierung bzw. werden Sie als Landesrat jetzt konkret als (Vertreter des) Haupteigentümer(s) des Landesenergieversorgers setzen, um den Ausbau der Erneuerbaren erheblich zu beschleunigen und den Gasausstieg zu forcieren?
9. Welche Schritte setzt die Landesregierung bzw. werden Sie als Landesrat jetzt konkret als (Vertreter des) Haupteigentümer(s) des Verteilnetzbetreibers setzen, um den Anschluss von Erneuerbaren zu vereinfachen, beschleunigen und den Netzausbau zu beschleunigen?
10. Welche konkreten Maßnahmen wird die Landesregierung bzw. werden Sie als Landesrat setzen, um dem eklatanten Fachkräftemangel in Schlüsselbranchen für den Gasausstieg entgegenzuwirken?